

Niederschrift
über die 10. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 12.09.2022 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank
Bündgens, Willi
Cölln, Heiner
Henk-Hollstein, Anne
Hermes, Achim
Kretschmer, Gabriele
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Anders, Patrick

SPD

Bozkir, Timur
Brodrick, Helmut
Cirener, Thomas
Joebges, Heinz
Schmitz, Hans
Wucherpennig, Brigitte
Vorsitzender

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlitz-Dickhoff, Johannes
Klemm, Ralf
Peters, Anna
Rickes, Roland
Tuschen, Johannes
für Ernst, Sandra

FDP

Effertz, Lars Oliver
Runkler, Hans-Otto

AfD

Matzerath, Markus

Die Linke.

Zierus, Jürgen

für Basten, Larissa

Die FRAKTION

Oertel, Sabine

für König, Simon

Gruppe FREIE WÄHLER

Bayer, Udo

Fraktionsgeschäftsstellen

von Kruedener, Aaron

Die FRAKTION

Verwaltung:

Limbach, Reiner

Pagenkopf, Ralf

Fischer, Martina

Brinkmann, Sabine

Beuel, Stefan (Protokoll)

Erster Landesrat

Leiter LVR-FB 12

stellv. Leiterin LVR-FB 14

Leiterin Stab GGM

OE 10.10

Roggendorf, Karl

Franke, Antje

GSBV (bis TOP 12)

GPR

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 15.08.2022
3. Anfragen und Anträge
- 3.1. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/32 Die FRAKTION zum Thema Verwaltungsausbildung
- 3.2. Antrag: Kölschumlage für LVR-Mitarbeiter*innenfeste **Antrag
15/64 Die
FRAKTION E**
4. Die Arbeit der Gesamtschwerbehindertenvertretung des LVR
5. Arbeit 4.0 – Chancen für Menschen mit Behinderung **15/1114 K**
6. Personalbericht der LVR-Dezernate für 2021 **15/1200 K**
7. Fortführung des LVR-Mobilitätsfonds **15/917 E**
8. Entwicklungsprogramm für Ingenieur*innen **15/1171 E**
9. Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Landesrätin/
des Landesrates des LVR-Dezernates 4 - Kinder, Jugend
und Familie - **15/1088 E**
10. Personalmaßnahmen
- 10.1. Wiederwahl des Landesrates des LVR-Dezernates 7
- Soziales - **15/1066 E**
- 10.2. Wiederwahl des Landesrates des LVR-Dezernates 1
- Personal und Organisation - **15/1116 E**
- 10.3. Wiederbestellung zum Ersten Landesrat **15/1117 E**
11. Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie
- aktueller Sachstand
12. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

13. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 15.08.2022
14. Anfragen und Anträge
15. Personalmaßnahmen
- 15.1. Besetzung der Leitung des LVR-Fachbereiches 72 -
Eingliederungshilfe I - **15/1109 E**

- | | | |
|-------|--|------------------|
| 15.2. | Wahl der Landesrätin*des Landesrates des LVR- Dezernates Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung | 15/1221 K |
| 15.3. | Personalmaßnahmen hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung | 15/1197 B |
| 15.4. | Personalmaßnahmen hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 15/1198 E |
| 16. | Verschiedenes | |

| | |
|------------------------------|-----------|
| Beginn der Sitzung: | 09:30 Uhr |
| Ende öffentlicher Teil: | 10:25 Uhr |
| Ende nichtöffentlicher Teil: | 10:40 Uhr |
| Ende der Sitzung: | 10:40 Uhr |

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 9. Sitzung vom 15.08.2022

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Neben dem Antrag Nr. 15/64 Die FRAKTION (siehe TOP 3.2) liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 3.1

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/32 Die FRAKTION zum Thema Verwaltungsausbildung

Frau Oertel bedankt sich zunächst für die ausführliche Antwort und erklärt, dass es seitens ihrer Fraktion hierzu noch eine Nachfrage gebe und zwar folgende: "Kann das große Engagement durch die Dozent*innen aufrecht erhalten werden, auch mit Unterstützung der neusten Software, damit der Unterstützungsbedarf auf niedrigem Niveau bleibt und langfristig fast komplett entfallen kann, da sich sonst ja auch noch die Frage stellt, warum das Institut nicht alleine für die Ausbildung reicht".

Herr Limbach führt aus, dass zunächst zwischen haupt- und nebenamtlichen Dozent*innen zu unterscheiden sei. Alle Träger des Studieninstituts und der HSPV seien gehalten, aus der Praxis nebenamtliche Dozent*innen zur Verfügung zu stellen. Das tue auch der LVR und dieser Bedarf falle nicht im Zuge weiterer Digitalisierung weg. Der Bezug zur Praxis und die bewährte Mischung aus neben- und hauptamtlichen Dozent*innen habe sich bewährt. Deshalb unterstütze der LVR das Bemühen, nebenamtliche Dozent*innen aus der Kollegenschaft zu gewinnen, auch weiterhin.

Zudem berichtet Herr Limbach von der Graduierungsfeier der Bachelor-Absolvent*innen, zu denen auch 43 des LVR gehören und die Jahrgangsbeste aller Kommunen im Rheinland vom LVR komme.

Punkt 3.2

Antrag: Kölschumlage für LVR-Mitarbeiter*innenfeste

Antrag Nr. 15/64 Die FRAKTION

Der Antrag wird durch **Herrn von Kruedener** kurz erläutert. Die **Herren Brodrick, Klemm, Boss und Effertz** positionieren sich eindeutig gegen den Antrag.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung **lehnt** den Antrag Nr. 15/64 Die FRAKTION **mehrheitlich** mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, Die Linke. und FREIE WÄHLER gegen die Stimme von Die FRAKTION **ab**.

Punkt 4

Die Arbeit der Gesamtschwerbehindertenvertretung des LVR

Herr Roggendorf, Gesamtschwerbehindertenvertrauensperson des LVR, hält auf Wunsch des Ausschusses aus der letzten Sitzung einen Vortrag zu den Aufgabenschwerpunkten und Aktivitäten der Gesamtschwerbehindertenvertretung (GSBV).

Dabei geht er auf zentrale Regelungen des SGB IX ebenso ein wie auf die regelmäßigen Treffen mit der Verwaltungsspitze und jährliche Treffen der GSBV mit den örtlichen Schwerbehindertenvertretungen. Während zum Beginn seiner Zeit als Schwerbehindertenvertreter Barrieren im baulichen Bereich im Fokus gestanden hätten, sei dies heute vorrangig die Barrierefreiheit von DV-Anwendungen. Auch wenn der LVR die Pflichtquote für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen seit Jahren "übererfülle", sehe er den Umstand, dass sog. leidensgerechte Arbeitsplätze immer weniger würden, mit Sorge. Dies erschwere zunehmend den Einsatz von Kolleg*innen, z. B. aus der Pflege, die dort gesundheits-/behinderungsbedingt nicht mehr eingesetzt werden können, in der Verwaltung. Hier tue aus seiner Sicht Nachbesserung Not.

Der **Vorsitzende** bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Roggendorf für seinen Vortrag und seine Arbeit.

Punkt 5

Arbeit 4.0 – Chancen für Menschen mit Behinderung

Vorlage Nr. 15/1114

Die Vorlage und die Arbeit des LVR werden von **Herrn Brodrick und Herrn Effertz** ausdrücklich gelobt. Herr Brodrick regt an, das Thema einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Herr Effertz verweist auf einen seinerzeitigen Vortrag zu den Risiken der Digitalisierung in der Landschaftsversammlung. Mit Blick auf diese Vorlage sei vielleicht ein Vortrag zu den Chancen der Digitalisierung angezeigt.

"Die Ausführungen zur Arbeit 4.0 - Chancen für Menschen mit Behinderung werden gemäß Vorlage Nr. 15/1114 zur Kenntnis genommen."

Punkt 6

Personalbericht der LVR-Dezernate für 2021

Vorlage Nr. 15/1200

Der Personalbericht wird fraktionsübergreifend gelobt.

Herr Runkler regt an, die auf Seite 67 dargestellte interkulturelle Beschäftigung künftig mit einer Gesamtzahl zu versehen, damit ersichtlich sei, wie viele Menschen anderer Nationalitäten insgesamt beschäftigt seien.

Herr Zierus bedankt sich ausdrücklich für die positive Entwicklung bzw. den Rückgang der befristeten Beschäftigungsverhältnisse.

Auf Nachfrage von **Herrn Klemm**, wie viele Personen aus Kommunen über das Mitarbeitendenempfehlungsprogramm firstbird gewonnen werden konnten, erklärt **Herr Pagenkopf**, dass diese Zahl bislang nicht erfasst werde, dies aber künftig aufgenommen werden könne.

"Der Personalbericht der LVR-Dezernate für das Jahr 2021 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1200 zur Kenntnis genommen."

Punkt 7

Fortführung des LVR-Mobilitätsfonds

Vorlage Nr. 15/917

Auf Nachfrage von **Herrn Brodrick** stellt **Herr Limbach** dar, wie die Fortführung des LVR-Mobilitätsfonds beworben worden ist. Von April bis Juni 2022 sei ein Marketingprojekt mit dem Ziel der Bekanntmachung des Angebots in der Kernzielgruppe (Lehrerschaft und Kita-Leitungen) mit Print- und Onlinewerbung in der Fachzeitschrift "Schulweit NRW" initiiert worden. Zudem hätten alle 5.500 Schulen, die Bezirksregierungen und Schulaufsichtsämter Papierunterlagen erhalten. Im Rheinland und im Ruhrgebiet seien Schaltungen in Familienzeitschriften erfolgt, um die Elternschaft als Multiplikator zu gewinnen. Daneben seien sog. Infopakete mit Flyern etc. in den LVR-Museen verteilt und Pressemitteilungen durch den LVR-FB 03 veranlasst worden. Mit dem Rücklauf sei man insgesamt vergleichsweise zufrieden.

Herr Matzerath verdeutlicht für die AfD-Fraktion, dass man den Mobilitätsfonds grundsätzlich begrüße, wegen der relativ kurzen Auswertungszeit von rund 10 Monaten aber heute noch keine Verstetigung beschließen wolle. Er stellt deshalb den Antrag, die Fortführung des Mobilitätsfonds zunächst nur für ein weiteres Jahr zu beschließen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung **lehnt** den Antrag der AfD-Fraktion, die Fortführung des Mobilitätsfonds zunächst nur für ein weiteres Jahr zu beschließen, **mehrheitlich** mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke., Die FRAKTION und FREIE WÄHLER gegen die Stimme der AfD-Fraktion **ab**.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der AfD-Fraktion, folgenden empfehlenden Beschluss:

"1) Aufgrund der positiven Erfahrungen und der steigenden Nachfrage werden die

Maßnahmen des LVR-Mobilitätsfonds verstetigt. Zur Förderung der Fahrten, Weiterentwicklung des IT-gestützten Antragsverfahrens, für Marketing und die entstehenden Personalkosten werden weiterhin 300.000 € jährlich zur Verfügung gestellt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2022/2023 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant.

2) Eine erneute Vorlage zur Evaluierung des Jahres 2022 wird der politischen Vertretung im ersten Halbjahr 2023 vorgelegt."

Punkt 8
Entwicklungsprogramm für Ingenieur*innen
Vorlage Nr. 15/1171

Auf Bitten von **Herrn Zierus** geht **Herr Limbach** auf die wesentlichen Unterschiede zum Trainee-Programm für Sozial- und Geisteswissenschaftler*innen ein und positioniert sich zur Frage der späteren Personalbindung der Ingenieur*innen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"Der Durchführung des Entwicklungsprogramms für Ingenieur*innen mit den dargestellten organisatorischen, inhaltlichen und finanziellen Eckpunkten wird gemäß Vorlage Nr. 15/1171 zugestimmt."

Punkt 9
**Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Landesrätin/
des Landesrates des LVR-Dezernates 4 - Kinder, Jugend und Familie -**
Vorlage Nr. 15/1088

Nach eingehender Diskussion und einer kurzen Sitzungsunterbrechung beantragt **Herr Klemm** für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Ausschreibungstext bzw. die konstitutiven Voraussetzungen so zu verändern, dass entweder ein wissenschaftliches Hochschulstudium Voraussetzung für die Besetzung ist oder die Laufbahnbefähigung für die Laufbahn des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes. Die Abschlüsse Bachelor oder FH-Diplom sollen ebenso keine Berücksichtigung finden wie die Laufbahnbefähigung für die Laufbahn der Ämtergruppe des ersten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes. Zudem sollen die in der Ausschreibung genannten Studiengänge um Geistes-/Humanwissenschaften ergänzt werden.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung stimmt dem vorstehenden Änderungsantrag **einstimmig** zu. Er fasst weiterhin **einstimmig** folgenden **geänderten** empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle der Landesrätin/des Landesrates des LVR-Dezernates 4 - Kinder, Jugend und Familie - zum nächstmöglichen Zeitpunkt **mit einem im Sinne des vorstehenden Änderungsantrags angepassten Ausschreibungstext** in der folgenden Zeitung auszuschreiben:

- Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Punkt 10

Personalmaßnahmen

Herr Klemm erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht an der Abstimmung der Personalien laut TOP 10.1, 10.2 und 10.3 beteiligen werde, weil die abschließende fraktionsinterne Beratung über diese Personalangelegenheiten noch ausstehe. **Herr Zierus** erklärt, dass die Fraktion Die Linke. aus dem gleichen Grund ebenfalls nicht an der Abstimmung teilnehme.

Herr Limbach verlässt den Sitzungsraum für die Beratung und Beschlussfassung der TOPs 10.2 und 10.3.

Punkt 10.1

Wiederwahl des Landesrates des LVR-Dezernates 7

- Soziales -

Vorlage Nr. 15/1066

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst ohne weitere Aussprache **einstimmig** (bei Nichtteilnahme an der Abstimmung seitens der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.) folgenden empfehlenden Beschluss:

"Herr Landesrat (B 5) Dirk Lewandrowski wird mit Wirkung vom 23.02.2023 unter Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Landesrat des LVR-Dezernates 7 - Soziales - wiedergewählt und erhält zum 23.02.2023 gemäß § 4 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 6 LBesO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihm ist der Geschäftsbereich Leitung des LVR-Dezernates 7 - Soziales - übertragen. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist jederzeit möglich."

Punkt 10.2

Wiederwahl des Landesrates des LVR-Dezernates 1

- Personal und Organisation -

Vorlage Nr. 15/1116

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst ohne weitere Aussprache **einstimmig** (bei Nichtteilnahme an der Abstimmung seitens der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.) folgenden empfehlenden Beschluss:

"Herr Erster Landesrat Reiner Limbach wird gemäß Vorlage Nr. 15/1116 mit Wirkung vom 01.02.2023 unter Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zum Landesrat des LVR-Dezernates 1 - Personal und Organisation - wiedergewählt und erhält als Landesrat zum 01.02.2023 gemäß § 4 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 5 LBesO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihm ist der Geschäftsbereich Leitung des LVR-Dezernates 1 - Personal und Organisation - übertragen. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist jederzeit möglich."

Punkt 10.3

Wiederbestellung zum Ersten Landesrat

Vorlage Nr. 15/1117

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst ohne weitere Aussprache

einstimmig (bei Nichtteilnahme an der Abstimmung seitens der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.) folgenden empfehlenden Beschluss:

"Herr Erster Landesrat Reiner Limbach wird - vorbehaltlich seiner Wiederwahl zum Landesrat des LVR-Dezernates 1 - Personal und Organisation - gemäß Vorlage Nr. 15/1117 ab dem 01.02.2023 zum Ersten Landesrat wiederbestellt. Er erhält als Erster Landesrat - anstelle der Besoldung als Landesrat nach B 5 LBesO - zum 01.02.2023 gemäß § 4 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 7 LBesO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ein jederzeitiger Widerruf der Übertragung der Funktion als Erster Landesrat bleibt vorbehalten."

Punkt 11

Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie - aktueller Sachstand

Herr Limbach führt aus, dass sich die Zahl der mit Corona Infizierten laut Statusbericht vom 07.09.2022 auf 180 Personen, bei einem Rückgang von 13 Fällen gegenüber der Vorwoche, belaufe. Wie bereits wiederholt berichtet, sei auch im LVR von einer Dunkelziffer auszugehen, obwohl weiterhin überall Angebote für Schnelltests unterbreitet würden.

Zur Neufassung des Infektionsschutzgesetzes berichtet er, dass sich der Gesetzgebungsprozess auf der Zielgeraden befinde. Das Bundesgesundheitsministerium habe die Maßnahmenpakete für den Zeitraum von Oktober 2022 bis in den April des kommenden Jahres plastisch in zwei Kategorien eingeteilt. Unter der Rubrik "Winterreifen" seien die Schutzmaßnahmen, wie bspw. die Maskenpflicht auf einzelnen Arbeitsfeldern und in Teilen des ÖPNV zusammengefasst. Darüber hinaus bestehe die Option der "Schneeketten", die einzelnen Ländern im Bedarfsfall die Grundlagen für Verschärfungen an die Hand gebe. Weiterhin offen sei, in welchem Umfang noch mit der Beendigung von Verwaltungsverfahren zur sektoralen Impfpflicht gemäß § 20 a IfSG zu rechnen ist, die Tätigkeits- und Betretungsverbote zum Ergebnis haben könnten. Derzeit sprächen viele Indizien dafür, dass die kommunalen Gesundheitsämter nur noch sehr begrenzt auf diesem Feld aktiv werden und schlicht das Auslaufen des Gesetzes zum Jahresende 2022 abwarten würden.

Die an die Virusvariante B 1-5 angepassten Impfstoffe würden ab Herbst eingesetzt. Der LVR werde als Arbeitgeber keine weiteren Corona-Impfungen anbieten, wohl aber erneut eine Gripeschutzimpfung, da die Nachfrage im letzten Jahr gut gewesen sei und damit Grund für eine Fortsetzung biete.

Die Wiedereinführung der CoronaArbeitsSchutzVO hat laut Aussage von Herrn Limbach nur wenige praktische Auswirkungen auf die Arbeit im LVR, da ohnehin weit verbreitet mobil gearbeitet und dies fortgesetzt werde. Neben der Dienstvereinbarung Mobiles Arbeiten stehe inzwischen auch die Neufassung der Dienstvereinbarung Flexible Arbeitszeit kurz vor der Unterzeichnung. Der Arbeitszeitrahmen werde künftig zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr gesetzt. Eine optionale und freiwillige Samstagarbeit – selbstverständlich im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes – wie es sie im bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie gegeben habe, werde nicht verstetigt, da hierzu auf Seiten des GPR aus grundsätzlichen Erwägungen keine Bereitschaft bestanden habe. Die neuen Rahmenbedingungen gelte es nun in die Mitarbeiterschaft zu kommunizieren.

Zum Projekt Neue Arbeitswelten berichtet Herr Limbach, dass derzeit der Umstieg auf eine desk-sharing-Quote von 0,8 vorbereitet werde. Dies werde innerhalb der im Projekt zu setzenden Leitplanken mit Umsetzungskonzepten auf der Dezernatsebene erfolgen. Das Projekt bestehe aus drei Teilprojekten in Regie der Dezernate 6, 3 und 1. Die Umstellung auf neue mobile Endgeräte, die zugleich als Telefon dienen, werde bis Mitte des kommenden Jahres durch das Dezernat 6 abgeschlossen sein. Der Beitrag des

Dezernates 3 beziehe sich auf die Flächenbudgets und gebäudewirtschaftlichen Themen. Das Dezernat 1 verantwortete den Change-Prozess, der mit einer Handreichung für den Umstiegsprozess und dabei insbesondere die Kommunikation in die Mitarbeiterschaft begleitet werde. Der Umstieg auf eine desk-sharing-Quote sei mit dem Ziel verbunden, Flächen einzusparen und Abmietungen zu realisieren. Die Teilnahme am Mobilen Arbeiten bedeute für die Mitarbeitenden automatisch auch die Beteiligung am desk-sharing. Über den Umfang des Mobilen Arbeitens, der naturgemäß differenziert ausfallen werde, sei auf der Dezernatsebene das Benehmen mit den Personalvertretungen herzustellen. Die einzelnen Umsetzungskonzepte der Dezernate seien ferner mit dem örtlichen Personalrat zu beteiligen.

Punkt 12 **Verschiedenes**

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

Mechernich, den 23.09.2022

Der Vorsitzende

S c h m i t z

Köln, den 15.09.2022

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

L i m b a c h